

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Mundenheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, den 07.12.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Großer Saal des Franz-Siegel- Seniorenwohnheims, Wegelnburgstr. 59

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteherin

Anke Simon

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Holger Scharff

Eva Itzek

Baris Yilmaz

Wolfgang Bredthauer

Hatice Yilmaz

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Wilhelma Metzler

Michael Leimbach

### Schriftführer/in

Bettina Voges

## **Entschuldigt fehlten:**

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Elena Simon

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Roswitha Göbel

Joachim Sommer

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Alexander Gajen

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteherin
3. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Betonpilze im Schulhof Schulzentrum Mundenheim  
Vorlage: 20175041
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Neuorganisation Straßenreinigung Mundenheim  
Vorlage: 20175042
5. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Kriminalität im Ortsbezirk  
Vorlage: 20175126
6. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Mülleimer auf den Bürgersteigen oder an Hauswänden  
Vorlage: 20175043
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Fußgängerampel am Schänzeldamm  
Vorlage: 20175125
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Geschwindigkeit in der Krongasse  
Vorlage: 20175044
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Parkplätze für Menschen mit Behinderung  
Vorlage: 20175045

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Mundenheim war beschlussfähig.

Frau Ortsvorsteherin Simon begrüßt alle anwesenden Ortsbeiratsmitglieder und Stadtratsmitglieder, Herrn Hennes von der Polizei, Frau Vopat von der Rheinpfalz und Herrn Vögele vom Mannheimer Morgen sowie alle Bürgerinnen und Bürger aus Mundenheim.

## Protokoll:

### zu 1      **Einwohnerfragestunde**

Frau Häußler, Maudacher Straße 22, informiert, dass in der Maudacher Straße durchgehend falsch geparkt wird und keine Kontrollen durch die Politessen erfolgen (besonders auch an den Wochenenden). Sie äußert deshalb die Bitte an die Ortsvorsteherin und den Ortsbeirat, Kontrollen durchführen zu lassen.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis und gibt dies an die Verwaltung weiter mit der Bitte um entsprechende Maßnahmen und Bericht an den Ortsbeirat.

Danach stellt Frau Ortsvorsteherin Simon fest, dass keine weiteren Fragen zur Einwohnerfragestunde vorliegen.

### zu 2      **Bericht Ortsvorsteherin**

Sachstand zu folgenden Straßenbaumaßnahmen bzw. –sanierungen:

- Die Maßnahme "**Hoheneckenstraße**" ist ein Projekt aus dem Straßen- und Ausbauprogramm 2014 bis 2018. Die Verwaltung hat den Ortsbeirat am 01.06.2017 darüber schriftlich informiert. Für die Maßnahme wurde am 08.05.2017 die Maßnahmegenehmigung im BGA eingeholt. Die Vergabe der Bauleistung wurde am 27.11.2017 im BGA gemäß dem Antrag beschlossen. Es ist geplant, die bauliche Umsetzung ab der witterungsunempfindlichen Zeit ab dem Frühjahr 2018 umzusetzen.  
Am 23. Januar 2018 um 18.00 Uhr findet im Franz-Siegel-Haus die Anwohnerversammlung statt. Dort wird die Maßnahme komplett vorgestellt und erläutert.
- Die **Michelsgasse** ist ebenfalls Bestandteil im Straßen- und Ausbauprogramm 2014 bis 2018. Die Planung und Genehmigung durch die ADD ist für 2018 vorgesehen.
- Die **Wasgaustraße** befindet sich in der Planungs- und Koordinierungsphase. Danach wird die Zustimmung der Verwaltungskonferenz eingeholt. Anschließend wird der Ortsbeirat informiert und eine Anwohnerversammlung durchgeführt. Sofern seitens der Koordinierungspartner keine Änderungen erforderlich werden, ist die Vorstellung im Ortsbeirat für das erste Quartal 2018 vorgesehen.

### **Quartierspark Mundenheim**

Frau Simon informiert, dass der Rückbau der Pergola im Quartierspark abgeschlossen ist und gestern (06.12.2017) der Bauzaun entfernt wurde. Die Abdeckung an der Pumpe ist durchgerostet und gibt beim Betreten nach. Dies wurde bereits vom Hort, Frau Thürmann, an den Bereich Grünflächen (Frau Bindert) gemeldet und um Abhilfe gebeten (Absperrung vorerst und Reparatur). Jetzt muss nur noch der Schließdienst mit Ehrenamtlichen geklärt werden. Die Öffnung für die Bürger ist für das Frühjahr 2018 geplant.

**zu 3           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
                  Betonpilze im Schulhof Schulzentrum Mundenheim**

Herr Scharff begründet den Antrag.

Stellungnahme des Bereichs Gebäudemanagements (4-13):

Die Betonüberdachungen (Betonpilze) im Schulhof werden turnusgemäß überprüft. Die Standsicherheit wurde durch eine gutachterliche Stellungnahme eines Tragwerkplaners bestätigt.

Die losen Betonteile wurden alle entfernt, die Stellen saniert. Falls es aus Verkehrssicherheitsgründen erforderlich sein sollte, werden Abspermaßnahmen erfolgen.

Im nächsten Haushalt 2019/ 20 werden finanzielle Mittel zur Betonsanierung beantragt. Für 2018 wird eine unterjährige Finanzierung geprüft.

Herr Scharff schlägt vor, da die Pilze nicht mehr in dem Maße genutzt werden, zu prüfen, welche Kosten bei einer Sanierung und welche bei der Entfernung der Betonüberdachungen entstehen würden.

Der Ortsbeirat stimmt dem einstimmig zu und bittet die Verwaltung, eine Kostengegenüberstellung „Sanierung der Betonpilze“ und „Entfernung der Betonpilze“ an den Ortsbeirat zu geben. Danach soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.

**zu 4           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
                  Neuorganisation Straßenreinigung Mundenheim**

Herr Scharff begründet den Antrag.

Stellungnahme des WBL, Entsorgungsbetrieb, 4-22:

Die Reorganisation der Straßenreinigung beinhaltet in weiten Teilen eine komplett neue Planung der gesamten Stadtbildpflege in allen Stadtteilen.

Zum 03.04.2017 wurde der erste Schritt des Projektes mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten mit dem Samstag als Regelarbeitstag „5-in 6-Tage Modell“ gestartet. Des Weiteren wurden alle bisherigen Touren in bislang sechs Arbeitsgruppen mit bestimmter Gebietszugehörigkeit geändert. Dadurch werden, aufgrund dieser festgelegten Gebiete für die jeweiligen Arbeitsgruppen und räumlicher Nähe, in der die Mitarbeiter eingesetzt werden, schnellere Reaktionen auf unvorhergesehene Ereignisse und Umstände, wie z.B. Glas- oder Ölsuren und zwischenzeitlich volle Papierkörbe, erzielt. Die Gebietszuständigkeit der Mitarbeiter stärkt das Verantwortungsbewusstsein für den übertragenen „eigenen“ Bereich. Durch diese Planung können die Mitarbeiter mit Material und den Kehrmaschinen deutlich besser aufeinander abgestimmt arbeiten; das erzeugt Synergien in dem täglichen Einsatz.

An dem satzungsbezogenen Reinigungsumfang in den Stadtbezirken hat sich somit bis auf eine Flexibilisierung und Optimierung nichts verändert. In dem Stadtteil Mundenheim wurde die Reinigung der Anliegerstraßen von den geraden Wochen auf die ungeraden Wochen verlegt. Die Anlieger müssen daher ihre Zuständigkeit für die Reinigung der Fahrbahn in den geraden Kalenderwochen vornehmen. Der laufende Einsatz der Arbeitsgruppe ist aufgrund der zunehmenden Stellen und Mengen von wilden Müllablagerungen aber auch vermehrt damit beschäftigt, unrechtmäßig abgelagerte Ansammlungen ordnungsgemäß sofort zu entsorgen und somit außerplanmäßige Säuberungen durchzuführen. Insbesondere in der sehr arbeitsintensiven herbstlichen Laubzeit kann es vorkommen, dass aufgrund des hohen Laubaufkommens und der damit verbundenen Verkehrssicherungspflicht andere Reinigungen nicht tagesgenau bzw. planmäßig vorgenommen werden können. Leider ist auch immer wieder ein sehr hoher Krankenstand zu verzeichnen. Für vakante Stellen stehen aktuell Stellenbesetzungen an.

Das gesamte Projekt ist noch im laufenden Prozess. Sobald diese abgeschlossen sind, werden alle Ortsbeiräte über weitere Schritte bzw. Anpassungen des Projektes zeitnah informiert.

Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie die Bürger über die Verlegung der Reinigung in den Anliegerstraßen informiert wurden. Viele Bürger wissen nicht, dass sie zum Kehren und zum Räumen des Schnees auf den Gehwegen verpflichtet sind. Es wird vom Ortsbeirat vorgeschlagen, in der Neuen LU oder durch Infozettel (Hinweise im Abfallkalender und Abfallinfoheft) die Bürger darauf hinzuweisen.

Zudem bittet der Ortsbeirat die Verwaltung um Mitteilung, wie viele Mitarbeiter wann und wo im Stadtteil Mundenheim Reinigungsarbeiten durchführen.

## **zu 5           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Kriminalität im Ortsbezirk**

Frau Dr. Metzler begründet die Anfrage.

Herr Hennes trägt die Stellungnahme der Polizei vor:

Herr Hennes weist darauf hin, dass aufgrund der kurzfristigen Anfrage und aufgrund der laufenden Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft die Stellungnahme zunächst mündlich erfolgt. Die schriftliche Stellungnahme wurde heute Nachmittag an den Bereich Gremien verschickt.

Im Bereich LU-Mundenheim und im Bereich LU-Gartenstadt ist tatsächlich eine Häufung an Pkw-Aufbrüchen festzustellen. Dieser Anstieg ist auch dem Umstand geschuldet, dass im Jahr 2017 die Anzahl der Pkw-Aufbrüche allgemein angestiegen ist. Die polizeilichen Ermittlungen sind in vollem Gange. Regelmäßig handelt es sich um Serientaten, bei denen ein oder mehrere Tatverdächtige eine Vielzahl der Delikte begehen. Momentan registriert die Polizei im Bereich Mundenheim nur noch vereinzelte Taten dieser Art.

Im Zusammenhang mit einem Wohnungseinbruch am 21.11.2017 kam es zum Einsatz eines Polizeihubschraubers. Dieser war in die Fahndungsmaßnahmen eingebunden. Ansonsten handelt es sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren. Auskunftsberechtigt ist ausschließlich die StA Frankenthal.

Neben dem Raubüberfall auf die Tankstelle in der Wegelnburgstraße ereignete sich im November im Stadtgebiet eine weitere Tat dieser Art im Stadtteil Mitte. Auch hier handelt es sich um laufende Ermittlungsverfahren.

Über die dargestellte Häufung von Pkw-Aufbrüchen hinaus sind im Stadtteil Mundenheim keine außergewöhnlichen Kriminalitätsphänomene oder –entwicklungen zu erkennen.“

Die Nachfrage auf verstärkte Kontrollen vor Weihnachten, wird von Herrn Hennes wie folgt beantwortet:

Die Schwerpunkte sind auf dem Weihnachtsmarkt Berliner Platz und auf dem Winterdorf vor der Rheingalerie sowie in den Geschäftsbereichen, wie in der Rheingalerie und Rathauscenter. Es sind jeden Tag Sondereinsätze zu verzeichnen und die Personalanzahl wurde durch Unterstützung von außerhalb erhöht. Es sind deutlich mehr Polizisten im Einsatz.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis und bedankt sich für die Stellungnahme.

#### **zu 6           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Mülleimer auf den Bürgersteigen oder an Hauswänden**

Herr Scharff begründet die Anfrage.

Stellungnahme des Bereichs Umwelt (4-15):

Die geschilderte Problematik ist bereits bei der unteren Abfallbehörde bekannt und wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig bearbeitet. Grundsätzlich besteht nach § 15 Abs. 1 der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Ludwigshafen (AWS) vom 07.04.2011, zuletzt geändert am 09.09.2011, eine Verpflichtung des Anschlusspflichtigen (Eigentümer), auf seinem Grundstück einen Standplatz für die Abfallbehälter einzurichten, sofern dies technisch möglich ist oder keine unzumutbare Härte darstellt. Bereits im Jahr 2002 wurden deshalb im Hinblick auf die Behälterstandplatzproblematik umfassende Erhebungen und Kontrollen von ganzen Straßenzügen mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Bei dem überwiegenden Teil der Gebäude/Grundstücke ist es geradezu unmöglich, die Abfallbehälter auf dem Grundstück selbst unterzubringen (Garten oder Keller). Es sind dabei die baulichen Gegebenheiten, die dagegen sprechen (teilweise acht und mehr steile Treppeinstufen und enge Flure). In den restlichen Fällen scheiterte es neben den fehlenden baulichen Voraussetzungen vor allem am Alter bzw. dem Gesundheitszustand der Hausbewohner (unzumutbare Härte). Selbst eine Umstellung der teilweise vorhandenen 240 Liter Abfallgefäße auf kleinere und damit leichtere Gefäße (120 Liter) führt aufgrund der Verdoppelung der Gefäßanzahl und des damit verbundenen, erhöhten Stellplatzbedarfs zu keinen praktikablen Lösungen.

Im März und April 2012 wurden erneute Kontrollen/Überprüfungen bei Grundstücken vorgenommen. An der bereits im Jahr 2002 festgestellten Situation (bauliche Begebenheiten) hat sich jedoch nichts verändert, so dass die Abfallbehälter nicht auf den jeweiligen Grundstücken untergebracht werden können.

Im Juli 2017 wurden nochmals Kontrollen, explizit in der Weißenburger Straße und Drachenfelsstraße (gesamte Kettlerstraße wurde bereits überprüft), vorgenommen. Die Eigentümer, deren Behälter zum Zeitpunkt der Überprüfung auf dem Gehweg standen (kein Leerungs-/Abfuhrtag) wurden angeschrieben und aufgefordert, die Behälter auf dem eigenen Grundstück unterzubringen oder darzulegen, warum dies nicht möglich ist. In zwei Fällen konnte erreicht werden, dass die Behälter zukünftig auf dem eigenen Grundstück untergebracht werden können. Eine entsprechende Nachkontrolle hat dies bestätigt. In allen anderen Fällen (3 Verbliebene bei o.g. Straßenzügen) stellt sich die Situation genauso dar, wie bei den in den Jahren 2002 und 2012 durchgeführten Kontrollen (bauliche Begebenheiten).

Die Problematik (Abfallbehälterstandplatz auf dem Gehweg) besteht auch in anderen Stadtteilen und trägt sicherlich nicht zur Verschönerung des Stadtbildes bei. Die Möglichkeiten, einen anderen Behälterstandplatz auf den jeweiligen Grundstücken selbst durchzusetzen, gibt es – aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit – nicht und können damit auch nicht durchgesetzt werden.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis.

#### **zu 7           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Fußgängerampel am Schänzeldamm**

Frau Dr. Metzler begründet die Anfrage.

Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung (4-12):

Laut Antragstellerin kommt es im Berufsverkehr am lichtsignalgeregelten Knotenpunkt Saarlandstraße/Schänzeldamm immer wieder zu Gefährdungen von Fußgängern durch Autofahrer. Rechtsabbieger, die von der Saarlandstraße aus auf den Schänzeldamm auffahren, würden noch bei schon Rot zeigendem Kfz-Signal abbiegen und dadurch regulär bei Grün gehende Fußgänger gefährden. Hierbei handelt sich um ein Überwachungsproblem, für das die Polizei zuständig ist. Wir werden deshalb die Polizei auf die Beobachtungen aufmerksam machen und um Überprüfung bitten.

Weiterhin soll die Dauer der Rotphase kritisch hinterfragt werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass damit die Dauer der Freigabezeit der betreffenden Fußgängerfurt sowie die Rotzeit des rechtsabbiegenden Kfz-Verkehrs gemeint ist.

Die Grünzeit für die Fußgänger beträgt mindestens 7 Sekunden. Es wird durch die Berücksichtigung von Schutzzeiten (Zwischenzeiten) zudem gewährleistet, dass Fußgänger die andere Straßenseite erreichen, bevor der Kfz-Verkehr wieder Grün erhält. Diese Schutzzeiten betragen 5 Sekunden.

Die Rotzeit des Rechtsabbiegers auf den Schänzeldamm ist verkehrsabhängig. Abhängig von der Freigabe für den Linksabbieger von der Saarlandstraße auf den Schänzeldamm sowie von der Freigabeanforderung des querenden Fußgängers ist die Rotzeit daher variabel.

Die Dauern der Freigabezeiten sind auf Basis der gültigen Regelwerke bemessen und wurden im Zuge dieser Anfrage nochmals betrachtet. Aus Sicht der Verwaltung bedarf es hierzu keiner Änderung.

Stellungnahme Polizeipräsidium Rheinpfalz:

Zu der in der Anfrage geschilderten Verkehrssituation liegen bei der Polizei keine Erkenntnisse vor. Es sind bei uns keine Meldungen bekannt, die an der genannten Einmündung für eine besondere Gefährdung der Fußgänger sprechen. Es sind aus den letzten Jahren an dieser Örtlichkeit keine Unfälle registriert, die zu der geschilderten gefährlichen Verkehrssituation passen würden.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis und bittet Herrn Hennes, das aufgeführte Problem des Rechtsabbiegens mitzunehmen und um entsprechende Überprüfung.

#### **zu 8           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Geschwindigkeit in der Krongasse**

Herr Scharff begründet die Anfrage.

Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr:

Im Jahr 2017 konnten in der Krongasse 4 Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen werden. Hier wurde festgestellt, dass insgesamt 252 Fahrzeuge durch die Krongasse fahren und davon insgesamt 28 Fahrzeuge die Geschwindigkeit überschritten. 27 Fahrzeuge wurden im Verwarnungsbereich (bis 20 km/h Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit) und 1 Fahrzeug im Anzeigebereich (21-30 km/h Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit) gemessen. Die Messzeit belief sich durchschnittlich auf 1 Stunde und 30 Minuten. Die Höchstgeschwindigkeit lag bei 38 km/h.

Des Weiteren wurde von der Verkehrsüberwachung Ende des Jahres 2016/Anfang des Jahres 2017 eine Geschwindigkeitstafel installiert. Bei anschließender Auswertung konnte festgestellt werden, dass in einem Zeitraum von ca. 2 Wochen insgesamt 9.240 Fahrzeuge die Krongasse durchfuhren. Bei 2.862 Fahrzeugen wurde die Geschwindigkeit bis 20 km/h, bei 5.916 Fahrzeugen die Geschwindigkeit bis 30 km/h, bei 462 Fahrzeugen lag die gemessene Geschwindigkeit im Bereich 30 km/h - 40 km/h.

Aufgrund der vorgenannten Messergebnisse ist die Krongasse ständiger Bestandteil des Dienstplans, allerdings gestaltet sich eine Messung aufgrund der Parksituation in dieser Straße schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Teilbereich der Straße nicht gerade verläuft. Aus technischen Gründen ist eine Messung in Kurven bzw. Verschwenkungen nicht oder nur sehr schwer zu realisieren.

Die Verkehrsüberwachung wird weiterhin die Krongasse anfahren und bei geeignetem Stellplatz die Verkehrssituation überwachen.

Unabhängig davon wird mit dieser Stellungnahme im Rahmen einer Verkehrsrundfahrt geprüft, ob andere geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der angeordneten Geschwindigkeit getroffen werden können. Die Ortsvorsteherin Frau Simon wird vom Ergebnis informiert.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis.

**zu 9           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
                  Parkplätze für Menschen mit Behinderung**

Herr Scharff begründet die Anfrage.

Stellungnahme des Bereichs Gebäudemanagements (4-13):

Bei der Ortsbesichtigung zur Vorbereitung der Sitzung des Ortsbeirates vom 01.06.17 war kein Vertreter vom Bereich Gebäudemanagement zugegen. Trotzdem prüft das Gebäudemanagement inwieweit wir auf unserer Liegenschaft dauerhaft Stellplatzflächen an der Sporthalle für mobilitätseingeschränkte Personen vorhalten können. Sobald uns ein Ergebnis vorliegt, erhalten Sie eine Nachricht.

Der Ortsbeirat nimmt dies zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage vor der nächsten Sitzung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
18:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.12.2017

---

Bettina Voges  
Schriftführerin

---

Anke Simon  
Vorsitzende